Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtrag. 8 Pfg. Alle Postanstalten, Briefträger und Geschäftsstellen nehmen Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 7gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 80. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Sonnabend, 4. April 1925

Rüstungsmanie — Frankensturz.

Man hat vor ein paar Jahrzehnten von der amerikanischen Hemdärmelpolitik gesprochen, also von einer Art von Diplomatie, die auf die althergebrachten Formen keinen Wert legte, sondern mit überraschender Deutlichkeit das betreffende Ding beim richtigen Namen nannte, während es doch Grundsatz der Diplomatie war, lieber erst eine Zeitlang um die Dinge herumzugehen. Eine derartige Hemdärmelpolitik hat Amerika jetzt auch einmal Frankreich gegenüber angeschlagen, trotz der guten traditionellen und durch die Waffenbrüderschaft während des Weltkrieges noch fester geschlossenen engen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Das geschah in dem Augenblick, als Frankreich erklärte, es werde die im Laufe des Sommers zu veranstaltende Abrüstungskonferenz nicht mitmachen, sondern im Gegensatz dazu seine Rüstungen noch verstärken, weil der Rahmen, den die Washingtoner Abrüstungskonferenz gespannt habe, noch nicht einmal ausgefüllt sei.

Nun stehen die Amerikaner auf dem ziemlich verständlichen Standpunkt, daß Frankreich doch endlich einmal an die Bezahlung seiner Schulden herangehen solle, die es während des Weltkrieges und hernach in Amerika gemacht habe. Außerdem ist der Amerikaner der Ansicht, daß die überwältigend moderne und starke französische Rüstung eigentlich gar nicht notwendig sei, weil es auf der Welt keinen Staat gebe, der irgendwelche Offensivabsichten gegen Frankreich habe. Vielmehr sei dieser Offensivgedanke wesentlich Eigentum der französischen Politik, wie die bekannten Ereignisse der letzten Jahre deutlich genug gezeigt hätten.

Hatte die Erklärung Coolidges, des amerikanischen Präsidenten, Amerika werde künftig nur Anleihen für Wiederaufbauzwecke, nicht aber zur Anschaffung von Waffen gewähren, sich deutlich genug gegen Frankreich gerichtet, so sind in London parallellaufende Erklärungen der englischen Bankiers gleichfalls erfolgt. Und das alles hat die Wirkung gehabt, daß der französische Frank wieder einmal ins Rutschen kam. Bekanntlich ist vor ¾ Jahren eine 100-Millionen-Dollaranleihe durch das amerikanische Bankhaus Morgan ausgegeben worden zu dem Zweck, den damals ganz gefährlich wackelnden Frank wieder zu festigen und in die Höhe zu bringen. Das gelang denn auch in kurzer Zeit, aber wieder nur auf kurze Zeit. Immer, wenn derartige Widerstände Frankreichs gegen die anglo-amerikanische Politik entstehen, so winkt Amerika mit den interalliierten Schulden, wird im amerikanischen Senat und Repräsentantenhaus wieder in mehr oder weniger energischer Form darauf hingewiesen, daß Frankreich doch nun einmal endlich seine Schulden bezahlen soll. Genützt hat es bisher ja nicht; niemals ließ sich Frankreich dadurch in seiner Militärpolitik beeinflussen; aber so kraß wie bis zur glatten Ablehnung der Abrüstungskonferenz hat man in Paris bisher doch noch nicht vorzugehen gewagt.

Wir haben schon einmal einen Krieg der Bankiers gegen Frankreich gehabt: das war in den Tagen der Londoner Konferenz, als sich die anglo-amerikanischen Geldleute aufs energischste und mit unverhüllten Drohungen gegen die unnachgiebige Politik Herriots einsetzten und den französischen Ministerpräsidenten zum Rückzug zwangen. Schließlich ist es ja in Frankreich, dem noch heute typischen Rentnerstaat, noch mehr wie in Deutschland von allergrößter Wichtigkeit, wenn die Kaufkraft der einheimischen Valuta sinkt, und die neueste Entwicklung des Frank, der an der Londoner Börse nicht unbeträchtlich fiel, hat in Frankreich schon jetzt starke Beunruhigung hervorgerufen.

Die französische Militärpolitik mit ihrer überaus starken und jede technische Neuerung berücksichtigenden Rüstung steht eben im schärfsten Gegensatz zur Gesamtrichtung der ganzen anglo-amerikanischen Politik. Seit Amerika selbst, durch die verheerenden Naturereignisse in diese glückliche Lage versetzt, den japanischen Konkurrenten in der Politik des Fernen Ostens ebensowenig zu fürchten hat wie am Stillen Ozean, hat eine verstärkte Abrüstungsbewegung in den offiziellen amerikanischen Kreisen eingesetzt. Die Bestimmungen der ersten Washingtoner Abrüstungskonferenz im Jahre 1921 entsprechen — soweit sie überhaupt erfüllt wurden — nicht mehr dem technischen Fortschritt, und Frankreichs hauptsächlichste Marinewaffe sollen, abgesehen von den Unterseebooten, vor allem schnelle und gut gepanzerte Kreuzer mit einem Tonnengehalt von weniger als 10 000 Tonnen werden, da der Bau solcher Schiffe durch die Konferenz der Zahl nach nicht beschränkt wurde. Diese französische Rüstungspolitik bringt nicht nur starke Unruhe in die weltpolitischen Verhältnisse hinein, an deren Beruhigung gerade die anglo-amerikanischen Finanzgewaltigen das allergrößte Geschäftsinteresse haben, sondern sie arbeitet auch allzu deutlich der europäischen Sicherungspolitik entgegen, die besonders der Zielpunkt der englischen Politik ist. In Genf hatte man sich auf die Abhaltung einer Abrüstungskonferenz im Sommer 1925 geeinigt und diese Absicht war von Amerika sofort aufgegriffen worden. Nun erklärt Frankreich, nicht mitmachen zu wollen. Da hat man ihm dann in robuster Deutlichkeit erklärt, die Abrüstungskonferenz würde dann eben ohne Frankreich stattfinden und dadurch würde mit aller nur wünschenswerten Klarheit offenbar werden, wer der eigentliche Weltfriedensstörer sei.

Auf der ersten Konferenz hat Frankreichs Politik geschickter operiert; der französische Wortführer Barthou verstand es, durch ein geschickt gewobenes Gespinst noch einmal die Welt von der angeblich so furchtbar drohenden deutschen Gefahr zu überzeugen. Jetzt freilich dürfte das den geschicktesten französischen Sophisten nicht mehr gelingen.

Französische Vorbehalte z. deutschen Sicherheitsangebot

Der von der deutschen Regierung vor kurzem gemachte Vorschlag zum Abschluß eines Sicherheitspaktes steht nach wie vor im Mittelpunkt der politischen Diskussion. Wie bekannt, ist der deutsche Schritt im Ausland freundlich aufgenommen worden, wenn auch hier und da einige Vorbehalte laut geworden sind. Wie die „Times" melden, will die französische Regierung die Fortsetzung dieser Verhandlungen von der Beantwortung folgender Fragen durch Deutschland abhängig machen:

1. Was gedenkt Deutschland bezüglich des Völkerbundes zu unternehmen? Ist Deutschland bereit, wenn es zugelassen werden sollte, alle Verpflichtungen zu übernehmen, die mit der Mitgliedschaft verbunden sind?

2. Wie gedenkt Deutschland bezüglich seiner östlichen Grenzen vorzugehen?

3. Ist Deutschland noch entschlossen, den Anschluß mit Österreich zu vollziehen?

4. Deutschland erklärt sich in der Denkschrift vom 24. Februar bereit, die französische Grenze zu achten. Was gedenkt Deutschland bezüglich der belgischen und italienischen Grenze zu tun? Sind sie nur versehentlich unerwähnt geblieben oder wird dadurch eine bestimmte Absicht verfolgt? Wenn dies der Fall sein sollte, wird Deutschland verstehen, daß Eupen und Malmedy ebensowenig Diskussionsgegenstand sein können wie Elsaß und Lothringen.

Bezüglich der Ostgrenze müsse Deutschland begreifen, daß kein Schiedsspruch die Bestimmungen des Vertrages von Versailles berühren kann. Die deutsch-polnische Grenze könne nur mit freiwilliger Zustimmung Polens geändert werden.

*

Über den deutschen Sicherheitsvorschlag äußerte sich der tschechoslowakische Außenminister Benesch dahin, daß der Versuch vielleicht als ernsthaft und aufrichtig aufzufassen sei, da angenommen werden könne, daß auch in Deutschland die Mehrheit des Volkes nach zehn Jahren schwerer kriegerischer und politischer Kämpfe das Bedürfnis nach Ruhe und Frieden empfinde. An der endgültigen Regelung der Friedensgarantien müsse auch Rußland teilnehmen. Im übrigen setzte sich Benesch zur Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten er neuen mitteleuropäischen Staaten für den Abschluß eines deutsch-tschechisch-österreichischen Handelsvertrages ein.

Die Sozialdemokraten für die Sammelkandidatur.

Berlin, 3. April. In gemeinsamer Sitzung des sozialdemokratischen Parteiausschusses und des Parteivorstandes wurde um 6,30 Uhr abends folgende Entschließung angenommen: Der Parteiausschuß ist für die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten der Verfassungsparteien für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl, wenn durch Verhandlungen mit dem Zentrum und den Demokraten die Voraussetzungen hierfür geschaffen werden können. Der Parteiausschuß beschließt ferner, zur Entgegennahme des Berichts über diese Verhandlungen am Freitag wieder zusammenzutreten.

Die württembergischen Demokraten für Geßler.

Stuttgart, 3. April. Der Landesvorstand der Demokratischen Partei ist bei dem Vorstand der Deutsch-demokratischen Partei in Berlin dahin vorstellig geworden, für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl Reichswehrminister Dr. Geßler als Kandidaten aufzustellen.

Das Zentrum für Braun.

Berlin, 3. April. Zu den Verhandlungen des interfraktionellen Ausschusses am gestrigen Nachmittag erfährt die Telunion, daß dem Ausschuß Bericht erstattet wurde über die Verhandungen im Reiche und mit der Wirtschaftspartei. Die Sozialdemokraten haben Braun zum Ministerpräsidenten vorgeschagen, womit sich das Zentrum einverstanden erklärt hat. Die Demokraten werden in ihrer heutigen Fraktionssitzung ihre endgültige Stellungnahme festlegen.

Noch kein Beschluß über die Sammelkandidatur.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 3. April. Die interfraktionelle Besprechung im Reichstag zwischen den Parteien des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten über die Reichspräsidentenwahl war nur von kurzer Dauer. Die drei Parteien tauschten ihre bisherigen Beschlüsse aus. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

Spanien zum Reichsratsbeschluß.

Madrid, 3. April. Die Ablehnung des deutsch-spanischen Handelsvertrages im handelspolitischen Ausschuß des Reichsrates hat hier einen unangenehmen Eindruck hervorgerufen, insbesondere da auch die spanischen Weinbauern eine schwere Krise durchleben. Es wird eine nachteilige Beeinflussung der deutsch-spanischen Handelsbeziehungen dadurch befürchtet.

Zu den Schwierigkeiten in den Pariser Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 3. April. Die Unterkommission für die Saarfragen ist heute nachmittag 5 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten. Zwischen Ministerpräsident Posse und dem französischen Handelsminister Reynaldi ist eine neue Besprechung für den nächsten Sonnabend anberaumt worden. Auch auf deutscher Seite ist man sich über die Schwierigkeiten völlig klar, die sich auf Grund einer näheren Prüfung der Warenlisten für die weiteren Verhandlungen ergeben haben.

Die Ruhrentschädigungen.

Tagung des Untersuchungsausschusses.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages für die Ruhrentschädigungen trat heute vormittag wieder zusammen. Die Berichterstatter haben inzwischen Einsicht in die Akten genommen, die im Finanzministerium zwei Tische füllen. Zuerst werden die beiden Berichterstatter gehört. Abg. Dr. Perlitius (Zentr.) ist auf Grund des Studiums der Aktenstücke zu dem Schluß gekommen, daß das Reich rechtsverbindlich zur Entschädigung verpflichtet war. Der zweite Berichterstatter Abg. Dr. Hertz (Soz.) behält sich seine Stellungnahme zu den Ausführungen des ersten Berichterstatters bis zum Vorliegen der Akten oder bis nach der Regierungserklärung vor. Abg. Stoecker (Komm.) fragt an, ob die Ausführungen des Außenministers Dr. Stresemann richtig seien, daß an der Kabinettssitzung vom 20. Oktober 1923 sämtliche Minister teilgenommen haben, und ob mit seiner Erklärung, daß das Reich die Verpflichtung zu sämtlichen Ersatzleistungen anerkenne, alle Minister einverstanden gewesen seien. Abg. Perlitius (Zentr.) bestätigt nach seiner Kenntnis der Akten, daß dies der Fall gewesen sei. Abg. Dr. Hertz (Soz.) bestreitet die Richtigkeit der Darstellung Dr. Stresemanns. Die sozialdemokratischen Minister hätten an verschiedenen Sitzungen nicht teilgenommen. Ministerialdirektor v. Brandt erstattete hierauf einen längeren Bericht als Regierungsvertreter. Er ging auf die rechtlichen Fagen der Micumverträge ein und stellte fest, daß die Regierung von ihrer Verpflichtung der Entschädigung der Ruhrindustrie überzeugt gewesen sei.

Die preußische Regierungskrise.

Berlin, 2. April.

Im Preußischen Landtage wurde heute ein Schreiben des neugewählten Ministerpräsidenten, des bisherigen demokratischen Finanzministers Höpker-Aschoff verlesen, nach dem er die Wahl zum Ministerpräsidenten ablehnt, da sie gegen seinen Willen erfolgt sei.

In der nachfolgenden Debatte wird von kommunistischer Seite die sofortige Auflösung des Landtages verlangt. Der Antrag wird vorläufig abgelehnt.

*

Sitzungsbericht.

(31. Sitzung.) tt. Berlin, 2. April.

Präsident Bartels teilt den Beschluß des Ältestenrats mit, die Plenarsitzung auf später zu vertagen, da der Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff sonst an der Beratung der Notverordnungen nicht teilnehmen kann, da seine Anwesenheit bei einer Konferenz mit den Landesfinanzministern notwendig ist.

Abg. Pieck (Komm.) widerspricht der Vertagung. Es sei eine Verhöhnung des Landtages, wenn der Finanzminister

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF